

Die Kohlennot.

Die Prager Verhandlungen.

Gestern vormittags haben die zur Lösung der Kohlenfrage in Prag eingetroffenen Vertreter Deutschösterreichs, Oberbergat Klob, Magistratsrat Doktor Fastenbauer, Dr. Kranz und die Direktoren Spler und Hugo Schwarz, mit den Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung die meritorischen Beratungen begonnen. Der Entscheidung sieht man erst für heute entgegen, wobei aber angesichts der zahlreichen zu regelnden Teilfragen vielleicht auch noch eine längere Dauer der Beratungen als nicht ausgeschlossen erscheint. Neben der für Deutschösterreich wichtigen Hauptfrage, der endlichen Sicherung der nötigen Kohlenzufuhren aus dem Ostrauer und dem nordwestböhmischen Revier, gilt es ja die Entscheidung über die von der tschecho-slowakischen Regierung gestellten Gegenforderungen, die sich im Wesentlichen als Kompensationsforderungen darstellen. Kompensationen, die in der Abgabe vor allem von Förderdrahtseilen und Autos, speziell Lastenautos, bestehen. Daß die Erfüllung der deutschösterreichischen Wünsche tschecho-slowakischerseits nicht ohne weiteres abgelehnt, sondern von der Bewilligung der gestellten Gegenforderungen abhängig gemacht wird, beweist vor allem, daß den deutschösterreichischen Wünschen gewiß nicht etwa ein Kohlenmangel entgegensteht. Denn im anderen Falle würde die tschecho-slowakische Regierung das Eingehen auf die Wünsche Deutschösterreichs eben nicht erst von der Lösung der Kompensationsfrage abhängig machen, sondern sie hätte es unter Hinweis auf die im Kohlenmangel begründete Unmöglichkeit gleich vorweg abgelehnt. Das ist aber, wie schon erwähnt worden ist, unterblieben und deshalb wird das endgiltige Ergebnis dieser Beratungen nicht etwa von Fragen des Kohlenvorrates Böhmens, sondern einzig und allein von der Art der Intentionen der tschecho-slowakischen Regierung abhängen und da wieder vor allem davon, ob sie im Bereiche der Kompensationen erfüllbare oder unerfüllbare Forderungen stellen und noch weiters stellen werden.

Nach den letzteingelaufenen Prager Berichten hat sich der Verlauf der nachmittags fortgesetzten Beratungen schwierig gestaltet, wobei man aber noch immer erwartet, daß die Verhandlungen, trotz allen Schwierigkeiten, schließlich doch ein positives Ergebnis zeitigen werden. Deutschösterreichischerseits wird man gewiß bereit sein, alle im Rahmen des Möglichen liegenden Gegenzugeständnisse zu machen. Aufgabe der hiesigen Erwägungen wird es sein, bis zu welchem Ausmaße die Kompensationsforderungen mit Rücksicht auf die vorhandenen Bestände an Autos, Förderdrahtseilen etc. innerhalb der von tschecho-slowakischer Seite gestellten Frist erfüllt werden können.

Nachheit der Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne muß umso mehr als geboten erscheinen, als das Wiener Gaswerk und Elektrizitätswerk noch Mitte dieser Woche beim Ausbleiben einer genügenden Ergänzung ihres arg zusammengeschmolzenen Vorrates an Ostrauer Kohle zu Maßnahmen der radikalsten Einschränkung des Betriebes schreiten müßten.

Die gestrigen Kohlenzufuhren.

Die gestern angekommenen Kohlenmengen haben immerhin doch eine teilweise Besserung der Kohlenversorgung Wiens gebracht, wobei aber von einem wirklich günstigen Stande noch immer in keiner Weise zu sprechen ist. Die Einlieferung böhmischer Braunkohle und Bilsener Steinkohle war verhältnismäßig halbwegs befriedigend. Ueber Gaisbach sind rund 190 Wagenladungen dieser Kohlenarten eingetroffen und über Gmünd 13, also zusammen etwa 203 Wagenladungen. Die Einlieferung aus Oberschlesien betrug reiflich 14 Wagenladungen. Außerdem sind aber weitere 30 Wagen obererschlesischer Kohle eingelaufen, eine Sendung, die aber eigentlich nur als Ersatz der für die Abförderung der Truppen des Generalfeldmarschalls Mackensen aus anderen Beständen verbrauchten Kohle anzusprechen ist. Schließlich sind auch noch andere 11 Waggons Kohle zu erwähnen, die von Seite Polen im Anschlusse an die von Polen verlangte Wiedereinführung eines Schnellzuges Wien—Krakau—mit Verlängerung nach Lemberg—zugeführt worden sind. Das deutschösterreichische Staatsamt für Verkehrswesen hatte als Bedingung für die Erfüllung dieses Wunsches der polnischen Bahnen die Sicherung der für diese Zugverbindung nötigen Kohle gestellt, wobei begreiflicherweise—zur längeren Sicherstellung dieses Verkehrs—außer der Menge des Tagesverbrauches die vorherige Ueberlassung auch einer dem Wochenbedarf entsprechenden Menge als unerlässlich bezeichnet und dann auch vereinbart worden ist.

Die heute in Oberberg beginnenden Beratungen von Wagenverkehrsfragen gelten im Wesentlichen von Vereinbarung der Einzelheiten des Durchfuhrverkehrs der obererschlesischen Kohle, dessen glatte Behandlung von tschecho-slowakischer Seite bekanntlich bereits zugestanden worden ist. Die 14 Waggons obererschlesischer Kohle, deren gestrige Ankunft wir schon erwähnt haben, bilden vielleicht schon den ersten Beginn der für die nächste Zeit vereinbarten und hinsichtlich der Durchfuhr gesicherten Lieferungen von täglich 120 Wagenladungen obererschlesischer Kohle.

Die schärfsten Einschränkungen bis 16. Dezember aufgehoben.

Der Termin, zu welchem umfassende Einschränkungen in Gas- und Elektrizitätsbezug angekündigt worden sind, ist nahe gerückt, ohne daß die Kohlenversorgung eine Besserung erfahren hat. Auch gestern kamen aus den Bergwerksrevieren keine nennenswerten Zuschübe und die Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung stehen erst am Anfang. Ob die optimistische Annahme, daß wir in Prag nunmehr auf größeres Entgegenkommen rechnen dürfen, weil die Tschechen die gewünschten Kompensationen erhalten, durch die Tatsachen gerechtfertigt erscheint, entzieht sich vorläufig der Beurteilung. Die Stichhaltigkeit dieser Annahme wird sich wohl in den nächsten Tagen erweisen. Bemerkenswert ist, daß der Bürgermeister selbst die Lage hoffnungsvoller beurteilt. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke erklärt neuerlich, mit der Einstellung des Strombezuges an Großabnehmer vorgehen zu müssen, wenn nicht unverzüglich größere Kohlenmengen einlangen. Ursprünglich wurde der 12. Dezember als Stichtag für den Beginn der Abschaltungen angedeutet, das wäre also morgen Donnerstag. Infolge kleiner Ausschüssen ist die Aufschubung um einige Tage möglich geworden. Die Sperre wird Ende dieser, spätestens Anfang nächster Woche unbedingt erfolgen müssen. Ein weiteres Abwenden dieser katastrophalen Stilllegung ist nach dem neuesten Berichte der städtischen Elektrizitätswerke undenkbar, weil eben die Kohlenvorräte für den Betrieb im gegenwärtigen Ausmaße nicht genügen und weil längeres Zuwarten die Stromversorgung der unentbehrlichen Anstalten gefährden könnte. Der Bericht, den Direktor Karol gestern dem Stadtrate vorlegte, wurde auch dem Staatsrate für öffentliche Arbeiten erstattet. Vor diesem Staatsrate wurden nähere Weisungen über die vorzunehmende Abschaltung erteilt.

Gleichzeitig bereiten auch die städtischen Gaswerke eine neuerliche Reduktion des Gasbezuges vor. Städtische Organe nehmen gegenwärtig in Werkstätten und Privathaushaltungen Revisionen der Gasmesser vor. Den Konsumenten werden Bestätigungen über den Stand der Kontrollapparate ausgestellt, die aufzubewahren und bei neuerlichen Besuchen der amtlichen Revisoren vorzuzeigen sind. Die Ueberprüfung bezweckt die Feststellung, ob die verordneten Einschränkungen auf den Mindestverbrauch auch wirklich eingehalten werden. Ergibt sich in der Mehrzahl der Fälle eine Ueberschreitung der Vorschriften, dann wird der weitere Gasbezug unverweigerlich gesperrt. Diese vorbereitenden Maßnahmen sind, wie uns mitgeteilt wird, Vorläufer einer allgemeinen empfindlichen Einschränkung, die angesichts der von Tag zu Tag schwindenden Kohlenvorräte und der unzulänglichen ergänzenden Zuschübe sich bald als unabwendbar ergeben wird.

Allen diesen höchst ungünstigen Tatsachen gegenüber bleibt nichts als die Hoffnung auf Hilfe im Augenblicke höchster Gefahr. Mißerfolge der letzten Wochen haben uns mißtrauisch gemacht. Unsere Behörden sind so unablässig bemüht, den beklemmenden Ring, der Deutschösterreich und die Großstadt Wien von den Kohlenlagern in Böhmen und Mähren abschließt, zu sprengen. Den bösen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit folgen abermals Versuche, durch Verhandlungen zu dem ersehnten Ziel zu gelangen. Die Zustände sind unerträglich geworden, wir stehen hart vor der Entscheidung. Die Krise mit ihren drohenden katastrophalen Wirkungen kann noch abgewendet werden, wenn auf der Gegenseite Einsicht und Vernunft das Uebergewicht erlangen.

Der Bericht der städtischen Elektrizitätswerke.

Im Stadtrate wurden gestern die Berichte über die Wirkungen der durch die Kohlennot veranlaßten Spar- und Sperrmaßnahmen erstattet.

Der Bericht der städtischen Elektrizitätswerke, welcher auch an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten erstattet wurde, besagt: Wie die Direktion mündlich und schriftlich schon vor Wochen erklärte, ist es, da keine Kohle eingelangt ist, nunmehr tatsächlich notwendig geworden, Ende nächster Woche mit der Abschaltung der Stromabnehmer der Elektrizitätswerke zu beginnen, und zwar mit jenen Betrieben zuerst, für welche am meisten Strom geliefert wird, die somit am meisten Kohle brauchen, das sind die Straßenbahnen und die großen Fabriken. Dann soll allmählich nach Maßgabe der vorhandenen geschulten Arbeitskräfte, deren Zahl beschränkt ist, der übrige Konsum so weit abgeschaltet werden, bis jene Grenze der Maschinenbelastung erreicht ist, welche vom Ueberlandkraftwerk Ebenfurth unter Beihilfe der Wiener Kraftwerke an Sonntagen und zur Spitzenbedeckung geleistet werden kann. Es wird dann nur die notdürftigste öffentliche und Stiegenhausbeleuchtung, eine reduzierte Wohnungsbeleuchtung, sowie eine auf das äußerste Maß reduzierte Stromversorgung der wichtigsten Ämter und Anstalten, insbesondere der Krankenhäuser, der Approvisionierungs- und Lebensmittelbetriebe durchgeführt werden. Die Angelegenheit ist so einschneidend und nach Erachten der Direktion auch nicht in ihrer Kompetenz gelegen, daß hiemit an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten die dringendste Bitte gerichtet wird, der Direktion die nötigen Direktiven betreffs der vorzunehmenden Abschaltung zu erteilen. Hierbei wird es sich empfehlen, die Vertreter der in Betracht kommenden Staatsämter, insbesondere jener für Handel und Gewerbe, für das Verkehrswesen, den Unterricht, die soziale Fürsorge und für Volksgesundheit, die großen Korporationen, welche Handel, Industrie und Gewerbe vertreten und den paritätischen Ausschuss des Bundes der Industriellen, in welchem Arbeitervertreter sitzen, deren Beisein erwünscht wäre, zuzuziehen. Gegenwärtig wird durch Beamte der Elektrizitätswerke erhoben, welche Betriebe als Approvisionierungsbetriebe gelten und vorläufig belassen werden müssen, und welche größeren Betriebe (über 20 Kilowatt Kraft) zur Abschaltung gelangen sollen.

Der Effekt der Straßenbahneinschränkungen: 30 Prozent Ersparnis.

Ueber die seit 8. Dezember durchgeführten Straßenbahneinschränkungen lautet der Bericht: An Wochentagen waren die Einschränkungen, wie vorauszusehen war, infolgedessen spürbar, als während des ganzen Tages, mit Ausnahme der von 6 Uhr abends an, fast alle Züge überfüllt waren. Siegen hat auch das besonders schlechte Wetter am Freitag und Samstag viel beigetragen. In den Abendstunden nach 6 Uhr nachmittags konnte das Verkehrsbedürfnis ab und in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends nur mit teilweise geringem Erfolg befriedigt werden.

fahren. Vom heutigen Tage an wird diesem Umstande Rechnung getragen werden und die dadurch erzielten Ersparnisse zum Teile zur Verbesserung der Intervalle für die Zeit des stärksten Verkehrs verwendet. Die am Freitag, 8. d., gegenüber Mittwoch, 4. d., erzielte Stromersparnis betrug rund 32.000 Kilowattstunden. Es spielten an diesem Tage der frühere Betriebsablauf noch nicht mit. Die am Samstag gegenüber dem 4. d. erzielte Stromersparnis betrug rund 37.000 Kilowattstunden. An diesem Tage waren bereits sämtliche Einschränkungen in Kraft und damit wird die gewünschte Einschränkung von 25 Prozent im Verkehrsverkehr erreicht, die durch die größeren Sonntagserparnisse auf 30 Prozent gebracht werden soll. Am Sonntag, 8. d., wurde ein sehr stark eingeschränkter Verkehr unter Einstellung von vielen Linien durchgeführt. In den Frühstunden war das Verkehrsbedürfnis sehr gering. Es begann erst gegen 8 Uhr vormittags, bis 10 Uhr vormittags reichte der Fahrplan aus. Von 10 bis 12 Uhr mittags jedoch war das Verkehrsbedürfnis stärker und auf verschiedenen Linien mußten viele Fahrträge zurückbleiben. In der Zeit zwischen 12 und 2 Uhr nachmittags reichte der Fahrplan wieder aus, während in der Zeit zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprochen wurde. Nach 4 Uhr nachmittags wurde so ziemlich entsprochen, nur gegen Schluß, in der letzten Stunde des Betriebes, machte sich wieder ein stärkeres Verkehrsbedürfnis geltend. Die Erscheinung, daß wir zu gewissen Tagesstunden dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprechen, liegt hauptsächlich darin, daß ein großer Teil der Bevölkerung noch immer nicht dem Ernst der Zeit Rechnung trägt. Es wird an Sonntagen die Straßenbahn viel zu überflüssigen Fahrten verwendet. Beobachtungen zeigten, daß viele Fahrgäste trotz des schlechten Wetters nicht um sich durch einen Spaziergang in der frischen Luft zu erholen, sondern um Heurige und Gasthäuser in den Sommerfrischbezirken zu besuchen, die Straßenbahn benützen.

Für den nächsten Sonntagsverkehr werden wir neuerliche Anträge vorlegen. Die Stromersparnis betrug gegenüber Sonntag den 1. Dezember rund 71.000 Kilowattstunden oder 55 Prozent. In diesem Falle wurden wohl nicht die veranschlagten 60 Prozent erreicht, doch ist dies darauf zurückzuführen, daß bereits am Sonntag den 1. d. der Verkehr mit Rücksicht auf die uns bekannten Schwierigkeiten durch Intervallverlängerungen eingeschränkt wurde, so daß auch in diesem Falle gegenüber den früheren Sonntagen die beabsichtigte Minderleistung erreicht erscheint. Die Mindereinnahmen an Wochentagen betragen pro Tag 60- bis 70.000 Kronen, an Sonntagen rund 100.000 Kronen.

Neuerliche Einschränkungen im Gasverbrauche.

Der Direktor der Gaswerke, Dr. Menzel, äußerte sich einem unserer Mitarbeiter über den Erfolg der Gasdrosselung und die Aussichten für die nächste Zeit folgendermaßen: „Es ist nicht genau festzustellen, wie viel wir durch die Einschränkung der Gasparmaßnahmen gewonnen haben. Sicher ist, daß wir in den letzten Tagen gar keine Kohle mehr erhalten haben und daß in der kürzesten Zeit neuerliche Einschränkungen im Gasverbrauch unvermeidlich sein werden.“

Brennholzbeschaffung für Wien.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Landwirtschaft verkaufte eine längere Darstellung über die Frage der Brennholzbeschaffung, in der es u. a. heißt:

Bei dem immer drückender werdenden Kohlenmangel mußte jedoch, wenn auch ein voller Ersatz von Kohle durch Holz nach wie vor ganz ausgeschlossen erscheint, daran geschritten werden, die Brennholzversorgung von Wien herart durchzuführen, das hierdurch eine weitergehende Brennmaterialbeihilfe, vor allem zunächst für die bedürftigen kleinen Haushalte ermöglicht wird.

In diesem Sinne wird vorerst, und zwar zugleich, an geeigneten Stellen im Lainzer Tiergarten mit Holzschlaggerungen begonnen und die sportliche Herbeischaffung des bereits geschlagerten Holzes veranlaßt. Auch in anderen, in der Nähe von Wien günstig gelegenen Wienerwaldgebieten werden, unter entsprechender Rücksichtnahme auf deren Wohlfruchtbedeutung als Waldgürtel Brennholzschlaggerungen durchgeführt werden müssen, da eine Holzbeschaffung in größeren Mengen von weiterher unter den gegenwärtigen Transportverhältnissen nicht möglich ist.

Ueber die weitere Ausdehnung der Aktion wird in den nächsten Tagen im Staatsamt für Landwirtschaft, unter Berücksichtigung der mitteiligen Staatsämter Beschluß gefaßt werden, wobei auch die Frage des teilweisen Kohlenersatzes durch Holz als Heizmaterial zur Lokomotivenfeuererzeugung einbezogen werden wird.